

# Kempter Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kempter, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. "Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Mittwoch's Unterhaltungs-Beilage". Monatlich für Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kempter 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen um ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisschleife oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamenscheibe 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übertragung unbedingt gesichert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird kein Anteil Gewinne übernommen. / Beleggebühren: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempter, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 136

Dienstag, den 17. November 1931

33. Jahrg

## Stand der öffentlichen Verschuldung.

Gesamtverschuldung rund 24,1 Milliarden Mark.

Berlin, 15. November.

Mit aus einer Uebersicht des Statistischen Reichsamts hervorgeht, ergibt sich für Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1931 eine Verschuldung von rd. 24,1 Milliarden RM, unter Ausschluß der gegenfälligen Schuldbeziehungen zwischen den Körperschaften, die sich auf etwa 1,4 Milliarden RM belaufen.

Die Summe der auf den Kreditmärkten aufgenommenen Schulden hat sich seit der erstmaligen Erfassung im Jahre 1928 um rd. 9 1/2 Milliarden RM erhöht, bleibt jedoch auch unter Berücksichtigung der Lastfälle, daß außer den Gebietskörperschaften die rechtlich selbständigen öffentlichen Betriebe erhebliche Schulden aufweisen, immer noch hinter dem Betrag von rd. 32 Milliarden RM im letzten Vorjahresjahr zurück. Dagegen hat die Zinsbelastung aus den Schulden die Vorkriegshöhe längst überschritten. Wenn man mit einer Durchschnittszinsverbindung von nur 7 Prozent rechnet, ergibt sich gegenwärtig eine Jahreslast (ohne Tilgungszinsen) von rd. 1,7 Milliarden RM gegenüber rd. 1,3 Milliarden RM im Jahre 1914 (Durchschnittszins etwa 4 Prozent). Die jährliche Zinslast ist also trotz niedrigerer Verschuldung um rd. 400 Millionen RM gewachsen.

Im Gesamtrahmen der Verschuldung der deutschen Wirtschaft, die auf etwa 90 Milliarden RM zu veranschlagen ist, nimmt die Verschuldung der Gebietskörperschaften mit rd. 27 v. S. eine bedeutende Stellung ein.

Das Anwachsen der öffentlichen Schulden hat sich seit 1928 von Jahr zu Jahr verringert (Reinzugänge in den drei Jahren 3,6, 3,2 und 2,8 Milliarden RM). Der nach der Währungsstabilisierung angestrebte Kreditbedarf wurde allmählich befriedigt, und es sind einzelne öffentliche Aufgaben mit hohen Kapitalerfordernissen (z. B. Wohnungsbau) bis zu einem gewissen Grade gelöst worden. Von der Gesamtzunahme der Jahre 1928 bis 1931

in Höhe von 9,48 Milliarden RM entfallen nicht weniger als 2,14 Milliarden RM auf die Kriegs- (Polen) Schindenschuldbuchforderungen und die Reparationsanleihe des Reiches (Young-Anleihe zu zwei Dritteln), die zwar eine Zins- und Tilgungslast, aber keinen verminderten Kapitalzufluß brachten.

### Die gelamte Kreditmarktforschuldung

(24,1 Milliarden RM) verteilt sich am 31. März 1931 mit 11,34 Milliarden RM oder 47,1 v. S. auf das Reich, mit 9,93 Milliarden RM oder 41,3 v. S. auf die Gemeinden (Gemeindeverbände), mit 2,17 Milliarden RM oder 9 v. S. auf die Länder (ohne die Hansestädte) und mit dem geringen Rest von 0,64 Milliarden RM oder 2,6 v. S. auf die Hansestädte.

Daß gegenwärtig beinahe die Hälfte aller öffentlichen Schulden auf das Reich entfällt, ist immer noch eine Auswirkung des Krieges und der Kriegszugänge, während die hohe Quote der Gemeinden hauptsächlich durch den ersten Investitionsbedarf der letzten Jahre bedingt ist.

### Dem absoluten Betrag nach ist das Reich am höchsten verschuldet.

Seine gesamten Verpflichtungen übersteigen die Kommunalverschuldung noch um etwa 100 Millionen RM, während sie in den vergangenen Jahren meist hinter ihr zurückblieben. Der Kapitalwert der Verschuldung ist mit 406 RM am höchsten bei den Hansestädten. Er liegt noch um etwa 100 RM über dem Betrag für die zum Vergleich am besten geeigneten Großstädte (305 RM), jedoch hat sich hier seit 1928, wo die Zahlen relativ noch weiter auseinander lagen (260 RM für Hansestädte, 168 RM für Großstädte), eine gewisse Annäherung ergeben.

Die Schulden der Großstädte zeigen die häufige Steigerung seit 1928 (rd. 97 v. S.). Sie geben innerhalb der Gemeinden so lehr den Ausschlag, daß sich für die Kommunalverschuldung überhaupt die höchste Steigerungszahl erreichte (72 v. S. des Standes von 1928 gegenüber 39 v. S. beim Reich und 48 v. S. bei den Ländern).

## Reparationen und Kredite

Baldwin vor dem Unterhaus.

London, 14. November.

Am englischen Unterhaus sprach Baldwin über die finanzielle Lage Englands und auch Deutschlands. Die Konsequenzen über die Goldwährung bezeichnete er als notwendig. Mit Bezug auf die Kriegsschulden und Reparationen erklärte Baldwin, die ganze Welt sei sich heute darüber klar, daß die Abkommen unumkehrbar seien. Die durch Hoover eingeleitete Währungsreform nicht aus. Die Zukunft ist ungewiß geblieben, der Vertreter der Regierung hat auf der Londoner Konferenz im vergangenen Juli erklärt, daß die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse in Deutschland im Interesse der ganzen Welt liege.

London ist in hohem Maße behilflich gewesen bei der Finanzierung Deutschlands, und hat es dadurch ermöglicht, seinen internationalen Handel fortzuführen und seine Reparationen zu zahlen. Diese finanziellen Vorteile waren nicht imputabil, sie stellen die beste Art von Sicherheit dar, die dem Markt bekannt war, und es ist klar, daß die Sicherheit

für diese Verpflichtungen nicht durch politische Schulden gefährdet werden darf. Wenn dies Platz greifen würde, würde es Deutschlands Handelskredit zerstören, und wenn einmal Deutschlands Handelskredit zerstört wäre, würde es überhaupt keine Zukunftsaussichten auf Reparationen geben.

## Deutsch-französische Differenzpunkte.

Protokoll und Kreditfrage.

Berlin, 15. November.

In der gegenwärtigen Verhandlungsphase, soweit sie sich durch die letzte deutsche Fühlungsnahme kennzeichnet, spielen, wie zuverlässig verlautet, vor allem zwei deutsch-französische Differenzpunkte eine Rolle, und zwar wird von französischer Seite der Standpunkt vertreten, daß die letzte zur treffende Regelung streng auf den Zeitablauf der gegenwärtigen Krise beschränkt bleibt. Ein Antritt des Youngplans soll für den Fall erfolgen, daß eine Besserung der Lage eingetreten ist.

Das bedeutet also, daß die französische Regierung die jetzige Regelung nur als ein Protokoll ansetzt, nach dessen Ablauf die Verpflichtungen des Youngplans wieder aufgenommen werden sollten, während auf deutscher Seite eine endgültige Regelung in Vorlauf gebracht werden ist, da sich gezeigt hat, daß der Youngplan in seiner jetzigen Gestalt überhaupt nicht mehr für die Reparationsfrage brauchbar sein kann.

Die zweite Differenz liegt in der Auffassung über die Frage der kurzfristigen Kredite. Von französischer Seite wird anerkannt, daß eine Regelung der kurzfristigen Kredite erfolgen muß. Es wird jetzt darauf hingewiesen, daß in dem Katalog der kurzfristigen Kredite sich solche finden, die ohne weiteres zum Ausfall kommen müssen. Werden diese faulen Kredite aus dem Gesamtrahmen herausgenommen, so würden, wie die Franzosen meinen, Mittel zu Reparationszahlungen frei.

Von deutscher Seite wird das mit Recht bestritten.

Außerdem sind die Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Kredite ungelöst, und vor allem würde Deutschland durch eine solche Regelung, wenn sie überhaupt möglich wäre, allerschwersten Schaden im Hinblick auf seinen Auslandskredit erleiden. Ueber diese beiden Punkte wird Staatssekretär von Bülow bei seiner Anwesenheit in Paris mit den beteiligten französischen Stellen noch verhandeln. Dazu kommt dann weiterhin noch die Frage, ob reber dem Sachverständigenausschuß der VÖÖ, noch ein zweites Ausschuß mit erweiterten Vollmachten eingesetzt werden soll.

### Die erste Kommissionsitzung.

Paris, 15. November.

Ueber den Verlauf der ersten Sitzung der Gemischten deutsch-französischen Kommission ist zu berichten, daß Ministerpräsident Laval in seiner Begrüßungsansprache auf die Besprechungen mit Reichsminister Dr. Brüning anknüpfte und die Notwendigkeit betonte, zur Behebung der Weltwirtschaftskrise in einer Allianz der Arbeit zu gelangen. Staatssekretär Dr. Trendelenburg überbrachte die Grüße des Reichskanzlers, der zur Mitarbeit in jeder Hinsicht bereit ist.

## Kein Geld von Frankreich.

Erklärungen Laval's im Senat.

Paris, 15. November.

Vor den Staatsauschüssen für auswärtige Politik und Finanzen, die gemeinsam verammelt waren, legte Laval Wert auf die Feststellung, daß er in Bezug auf die Regelung der Reparationsfrage noch keinerlei Garantien übernehmen könne, bevor der Bericht der Sachverständigen nicht aufgestellt worden ist, deren Einberufung die Reichsregierung nun beantragt werde. Nach der Erfüllung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands würden die beiden Regierungen in aller Offenheit und Freiheit ihre beiden Auffassungen miteinander vergleichen.

Frankreich denke jedenfalls nicht daran, in irgendeiner Form französisches Geld nach Deutschland zu bringen. Außerdem würde die Summe der Deutschfrank benötigte, derzeit hoch sein, daß man annehmend den Reichsminister bereits jede Hoffnung auf eine Anleihe habe fallenlassen.

## Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats.

Tariffragen und Zinsentscheidung.

Berlin, 15. November.

Bei den bisherigen Beratungen des Wirtschaftsbeirats hat sich gezeigt, daß die bisherige Verhandlungsmethode zwar dazu geführt hat, die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Wirtschaftsbeirats zu präzisieren, die Formulierung von Beschlüssen für ein Wirtschaftsprogramm wurde dabei jedoch nicht in dem gewünschten Maße gefördert.

Deshalb hat man sich zu einer Veränderung der Verhandlungsmethoden entschlossen und es haben im besonderen der Arbeitsratsminister Stegerwald und der Reichswirtschaftsminister Warmbold Verhandlungen mit einzelnen Gruppen des Wirtschaftsbeirats geführt, und dabei vor-

nehmlich die Frage der Zinsentscheidung und der Auslieferung der Tarife erörtert.

Bei der Auslieferung der Tarife ist in Aussicht genommen eine Veränderung der Tarifperiode insofern, als diese Verträge in Zukunft nicht mehr ein Gebiet in dem bisherigen Umfang umfassen sollen, sondern es besteht die Aussicht, diese Tarifverträge nach Branchen stärker einzugrenzen. Weiter spielt die Kündigungstabelle und die Feststellung gewisser Ausnahmefälle eine Rolle in dem Sinne, als unter Umständen den Betrieben eine untertarifliche Bezahlung zugebilligt werden soll, die bei der Gültigkeit der Tarifhöhe nachweisbar mit Verlusten arbeiten müssen.

## Forderungen des Großhandels.

Für internationale Stabilität der Währung.

Präsident und Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Leberie-Handels hielten dieser Tage in Berlin eine Tagung ab. Zunächst wurden die Fragen der Devisenbeschränkung besprochen. Es wurde die Notwendigkeit betont, alle Kräfte für die Wiederherstellung der internationalen Stabilität der Währungen wegzurufen der wichtigsten Länder und für die Befestigung der vorhandenen Weltfinanzierung einzusetzen. Die Rückkehr zu den primitivsten Formen des Lauscherlehrens ist sonst unermittellich.

In der weiteren Aussprache wurde bedauert, daß die Maßnahmen der Reichsregierung zum Teil zu spät erfolgt seien, zum Teil sich als völlig unzulänglich erweisen hätten. Die wiederholt versprochene Senkung der Selbstkosten sei nicht erfolgt. Der Großhandel lie in vielen seiner Zweige in einer geradezu verzweiflungsvollen Lage.

Aus Anlaß der Beratungen des Wirtschaftsbeirats wurde die Forderung wiederholt, daß man schnellstens zu einer Zinsverbindung gelangen müsse. Vor allem wurde baldige Senkung des Reichsbankdiskonts verlangt. Weiter wurden Maßnahmen für notwendig gehalten, um die Zahlung der Zahlungsfähigkeit säumiger Schuldner zu befähigen.

## Die Regierungsvorlage über ein Zugabeverbot.

Der Reichsausschuß für das Zugabeverbot nimmt zu dem von der Reichsregierung veröffentlichten Entwurf über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen der Weltanschauung, der Gesundheitsvorsorge, der Erhaltung der Zugabegegner. Von zahlreichen sachverständigen Stellen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß nur eine Regelung, die lediglich Heilmittel aus eigener Veranschaulichung oder Gebrauchswert ausnehme, den Forderungen gerecht werden könne. Das Zugabeverbot würde auch dann keinerlei Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, denn in der Regel stellen sowohl Hauptware als auch Zugabe Gegenstände des täglichen Gebrauchs dar, die dann auf dem normalen Wege in den Einzelhandel an den Verbraucher gelangen dürfen.

## Kulturelle Not.

Bis zu fünfzig Prozent Wertschei bei der Wissenschaft.

Berlin, 15. November.

Die gewaltige Finanznot wird sich in den nächsten Etats des Reichs und der Länder bedauerlicherweise auch sehr stark bei den Ausgaben für die Wissenschaft und für kulturelle Zwecke bemerkbar machen. Aus den Verhandlungen zwischen preußischem Kultus- und Finanzministerium ist der preußische Kultur-Etat für 1932 mit ganz erheblichen Kürzungen herorgegangen.

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie stark die Kürzungen sein sollen, sei darauf hingewiesen, daß der Staatszuschuß für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, eine der hervorragendsten deutschen wissenschaftlichen Organisationen, mit großen Forschungsinstituten, von 500 000 auf 250 000 M. herabgesetzt werden soll. Starke Abstriche werden auch die Ausgaben für Universitäten und andere wissenschaftliche sowie kulturelle Zwecke erfahren. Insofern werden neben der Finanznot die wissenschaftlichen Hilfsfonds des Kultusministeriums, aus denen Zuschüsse für wissenschaftliche Zwecke gewährt werden. Bei ihnen sind Kürzungen um teilweise 50 Prozent erfolgt.

## Gleiche Sicherheit für alle!

Erklärungen des Reichswehrministers.

Berlin, 14. November.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärte Reichswehrminister Groener unter anderem:

Sie fragen mich, ob Deutschland beabsichtigt, eine nationale Sicherheit dadurch wiederzuerhalten, daß die gleichen Verhältnisse, wie die 1919 auf die besiegten Länder erzwungen wurden, jetzt für alle Staaten in Geltung gesetzt werden.

Diese Frage trifft das Kernproblem der Abrüstung, so wie es sich auf Deutschland aus darstellt. Deutschland hat das Recht auf gleiche Behandlung wie alle anderen Staaten. Es hat das Recht auf die gleiche Sicherheit und auf die gleichen Methoden der Abrüstung.

1919 ist ihm ausdrücklich zugefagt worden, daß die anderen Staaten auf dem Wege folgen würden, auf dem Deutschland durch seine förmliche Abrüstung voranging. Deutschland gehört dem Völkerbund an. Der Artikel 8 des Völkerbundes ist für jeden Mitgliedsstaat die nationale Sicherheit zu Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz muß es deshalb sein, seine nationale Sicherheit dadurch wiederzuerlangen, daß die anderen Staaten nach denselben Methoden abrüsten, die sie seinerzeit Deutschland auferlegt hatten, d. h. es darf bei anderen Staaten nichts erlaubt sein, was Deutschland verboten ist und umgekehrt.

Würde es nicht aller Logik im Gesicht schlagen und würde es nicht einen Bruch der feierlichen Verpflichtung zur Abrüstung, die alle anderen Staaten eingegangen sind, darstellen, wenn jetzt die Abrüstungskonferenz auf jene Staaten andere Methoden anwenden wollte, als auf Deutschland?

Der Konventionstextur erfolgt wieder die Referenz an Menschen nach an Material, in dem die eigentliche Stärke der gewaltigen Heere der Welt liegt. Französische Staatsmänner haben Worte ausgesprochen wie jene: „Ein entwaffnetes Land ist eine Verwundung für seine Nachbarn“ oder „Die Unfähigkeit für einen Staat bedeutet die Unfähigkeit für alle übrigen“. Wir können diese Worte nur unterschreiben, denn sie geben den Zustand wieder, in dem Deutschland sich befindet.

Die Sicherheit Deutschlands und die Sicherheit der Welt wird erst dann wieder hergestellt sein, wenn alle Staaten nach den gleichen Methoden abgerüstet worden sind.

Sie fragen mich besonders nach meiner Meinung in der See-Abrüstung.

Dieselben Grundzüge, die ich eben ausgeführt habe, gelten natürlich auch für diese.

Deutschland hat gerade hier besonders augenfällig den Vorteil geleistet, daß es nur von den guten Willen der anderen Staaten abhängt, Deutschland auf dem Wege der Abrüstung zu folgen.

Es hat durch die Konstruktion seiner 6000-Tonnen-Kreuzer und neuerdings durch den Bau des ersten Panzerschiffes (capital ship) von 10 000 Tonnen den Beweis geführt, daß man durchaus leistungsfähige Kriegsschiffe auch in den ihm vorgeschriebenen Grenzen bauen kann.

Sie fragen mich schließlich nach der Bedeutung der sogenannten „Weberorganisationen“ wie des Reichsbanners, des Stahlhelms oder der SA.

Millitärär sind diese Verbände ohne jeden Wert. Auch wenn sie sich politische Bestrebungen ammaßen wollten, so müßte ich dies aufs schärfste ablehnen; denn es ist allein Sache der staatlichen Machtmittel, also der Polizei und der Reichswehr, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen.

Die Verbände können aber darin Gütes leisten, daß sie die Jugend sportlich erziehen und in ihnen die nationalen und staatsbürgerlichen Ideale pflegen, die allein zu einer Gesundung der deutschen politischen Verhältnisse führen können.

Zun zu Ihrer letzten Frage, ob Deutschland eine größere Arzenei fordern wird, wenn sich die schwererillierten Länder weigern sollten, die Stärke ihrer Armeen erheblich herabzusetzen.

Diese Frage würde voraussetzen, daß die Abrüstungskonferenz scheitert. Was Deutschland in einem solchen Falle tun würde, kann ich nicht sagen. Meine Meinung ist es, daß alle Völker der Welt die größten Anstrengungen machen sollten, daß die Abrüstungskonferenz nicht scheitert, sondern daß sie zu einem positiven Erfolg führt, der die Welt von der Gefahr der Abrüstungen und von der einzigen Kriegserziehung wirklich befreit. Ein solches Ergebnis kann erreicht werden, wenn die Staatsmänner aller Nationen gewillt sind, ihre Abrüstungsverpflichtung ernst zu nehmen und den großen Grundbaß der Gleichberechtigung aller Staaten verwirklichen.

### Dr. Brüning in Hessen.

Mainz, 14. November.

Reichstanzler Dr. Brüning sprach in der Mainzer Stadthalle vor 800 Personen über die außen- und innenpolitische Lage.

Der Reichstanzler führte aus, Deutschland stehe vor entscheidenden Stunden. Alles, was sich in der Entwicklung längerer Jahre, vor allem aber des letzten Jahres, zusammengehangelt habe, dränge nach einer Lösung in kürzester Frist, in wenigen Wochen. In der Reparationsfrage sei jetzt die sachliche Entscheidung reif geworden.

## JLSE RÖMER

Roman von Elisabeth Borchard

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Das Gericht von dem Zusammenbrüche des Saules Römer hatte sich mit Windeseile verbreitet und war auch zu seinen Eltern gedrungen. Er lag blök und verlorst aus und seine Stimme lang verdröhert, als er seine Braut in die Arme schloß und sich zu ihr herabbeugte: „Mein Lieb, Sindernisse auf Sindernisse karmen sich anderer Verbindung entgegen — in immer weitere Fernz rückt sie.“

„Sie lah ihn einigermassen erkant und verblüfft an. Betrachtete er den Verlust ihres Vermögens als ein Sindernis? Sollte er doch darauf gerechnet? So blüßlich dieher Gedankt ihr Sein durchführ, so heiß bereite sie gleich darauf ihren Argwohn.“

„Sinn, der Alles Maß nicht bemerkt hatte, fuhr fort: „Ich kann dir nicht einmal einen kleinen Erbst für das Verlorene bieten, ich kann nicht sagen: Komm mit, teile mein kleines Vermögen mit mir — denn —“

„Ich verlor ebenfalls alles, was ich besaß.“

„Sagst“ rief sie entsetzt, „so hattest du dein Verdrögen bei dem Oswald deponiert?“

„Ja, alles.“

„Armer Seins!“

„Ich? Nein, noch immer unermesslich reich in meinem Besitz. Ich will arbeiten, mit aller Kraft, die mir aufsteht, ich will ringen und kämpfen, um dich so bald wie möglich heimzuführen zu können.“

„Und wann willst du jetzt leben?“

„Der Andrang zu meinen Vorstellungen ist bezaubernd genug, um mich über Wasser zu halten.“

„Und der Ertrag deines Wertes? Es war doch eine hohe Summe, die du mir nanntest.“

„Seins ladte rauh auf.“

„Ich trug sie als erste Erparnis zu —“ Daniel Oswald.

Mit besonderem Nachdruck hob der Reichstanzler die Tatsache hervor, daß Deutschland bis zum Austritttreten des Hoover-Jahres von Beginn des Frühjahrs 1930 ab zum ersten Male seit der Stabilisierung

### Reparationen nicht aus Anleihen

und ausländischen Krediten, sondern aus eigener Kraft bezahlt habe. Das merke man gelegentlich der jetzigen Reichsregierung vor. Wenn wir alles daran gesetzt haben, Wirtschaft und Handel in den vergangenen Jahren fortzuentwickeln, darauf einzusetzen, daß wir, ohne neue Kredite in stärkerem Maße herein zu bekommen, die Reparationslasten bezahlt haben, so hat das endlich den Effekt, die Einsicht in der Welt zu schaffen, daß Reparationslasten von Deutschland nur durch einen nachdringenden und ausschließlichen Ausfuhrüberschuß tatsächlich bezahlt werden können. Das ist gelungen.

Wir haben die Einsätze fortwährend gemindert, wir sind in der Ansicht an der Spitze der Nationen geblieben. Es nahe jetzt eine Zeit heran des Vertrauens in Wirtschaft und Finanzen, des Vertrauens in eine Politik echter Verständigung der Völker untereinander. Die aufgebaut sein müße auf Sicherung des gleichen Rechtes für alle Nationen.

Die Zukunft unseres Volkes beruhe auf dem Glauben, daß es möglich und notwendig sei, unter allen Umständen die deutsche Währung stabil zu halten, ein Glaube, den die Reichsregierung selbst mit dem deutschen Volke teile. Wenn man

### Die Währung stabil halten

wolle, müsse man die Wirtschaft elastischer gestalten, als sie heute ist. Die Preise müssen sich den gegebenen Sachungen schnell anpassen können. Man müße für eine Ubergangszeit alle Gesehungskosten auf elastischer Grundlage aufbauen.

Es sei notwendig, mit einem geringeren Kreditvolumen von Auslande her die deutsche Wirtschaft anzuteilen und das sei möglich.

Das seien Dinge, die unbedingt zur Rettung unserer Wirtschaft, zur Rettung aus der tiefen Pfaffen der Bevölkerung durchzuführen werden müße. Man habe die Absicht geernt, man habe die Beamtengehälter herabgesetzt, es sei gelungen, eine Senkung des Preisniveaus durchzuführen, es sei gelungen, für die Landwirtschaft immerhin Preise zu erzielen, die im Vergleich zu den Preisen anderer Völker noch als verhältnismäßig hoch anzupreisen seien. Aber jetzt zeige sich, daß im Durchschnitt aller Orte in Deutschland und im Durchschnitt der Zeit die Preise nicht nach den Zellen richten, sondern daß die Preise mehr oder minder ungleichmäßig sich der gekulnerten und der eingeschrumpften Kaufkraft der Bevölkerung anpassen. Daraus folge, daß es kein Allheilmittel gebe in einer so gewaltigen Krise, daß man nicht einfach durch hohe Zölle die Landwirtschaft retten könne und daß man nicht einfach auf der anderen Seite sagen könne, wenn die Löhne immer weiter geworfen würden, dann würde es wieder besser werden, sondern alle diese Dinge müßten sorgfältig gegeneinander abgemessen werden. Und wenn in einem Punkte die Entwicklung auf einem anderen Wege zu schnell vorangegangen sei, könne er zu einem Rückschlag und zu einer Krise führen, die schwer zu überwinden sei.

### Die Feierschichten bei der Reichsbahn.

Entscheidung des Reichsgerichts.

Leipzig, 16. November.

Wie verlautet, hat das Reichsgericht die Klage der sächsischen Eisenbahner gegen die Einführung der Feierschichten bei der Reichsbahn mit der Begründung abgewiesen, die Verträge zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Eisenbahnergewerkschaften enthielten keine Bestimmung gegen die Einlegung von Feierschichten. Finanziell handelt es sich bei der Klage um Millionenbeträge.

### Neue Weisung aus Moskau.

„Zwingende Gründe der Zweckmäßigkeit.“

Berlin, 15. November.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei in Moskau hat auf Grund sehr ernsthafter Beratungen an die Sektionen in den einzelnen Staaten neue Weisungen herausgegeben lassen. Der unmittelbare Anlaß für die Menderung der kommunistischen Kampftaktik, die aus diesen Weisungen spricht, wird verständlich aus der Zeugung Molotows, aus der Räterurlaub zurzeit neue ausländische Kredite viel wichtiger seien als tradenwollte Tauschverläufe dieser oder jener Warengruppe in einem der europäischen Länder.

„Ah!“ Sie sich einen leichten Schrei aus. „Das alles halt du verloren und beharrst noch deinen Gleichmut?“

„Sagt du nicht mehr verloren, Schatz? Willst du, daß ich dir nachsehen soll?“

„Nein, nein, gewiß nicht!“

„Aun, siehst du; ich bin ein harter Mann und hundert Tore stehen mir offen. Warum soll ich Heimmützig veranget? Komm, Nils, mein einziges Kind, laß uns ausherren. Überall winkt uns der Kampf — du heft dich ja immer nach ihm geseht — nun stehen wir darin und wollen andere Kräfte beweisen. Die Weisung die Wahlung — — liegen o:r untergehen!“

Wochen waren vergangen. Es war Ende Februar. Die Sonne wärmte bereits und taute Schnee und Eis von den Dächern. Auf den Straßen lag es nach und untaufener aus, trotzdem die Straßenschlechter öftig bemüht waren, die Schmutzerde und den Morast zu beseitigen.

Ein warmer Wind jagte durch die Straßen und blies es jedem Menschen, jedem Tier, jeder Kreatur ins Ohr: „Der Frühling kommt, mache dich bereit, ihm würdig zu empfangen!“

Im Garten der Villa Römer sah es noch kahl und dda — das mit dem Strauchem geteilt sich jedoch schon Anspühen und in ihnen schimmerte der Keim zu neuem Werden, Spröhen und Grünen.

„Ich würde, wenn ich nicht mehr in den altgewohnten Räumen, in denen ich mit meinem Gatten so glückliche Tage verbracht habe, leben, wenn ich nicht mehr die mir lieb gewordenen Gegenstände um mich haben sollte.“

„Sagte Frau Professor Römer. Es war ja auch das Einzige, was sie besaß und was man ihr nicht rauben konnte.“

Freilich, im Haushalt war manche Veränderung getroffen worden. Die Dienerschaft war entlassen, bis auf einen alten weißhaarigen Diener, der nun schon dreißig Jahre in dem Diensten des verstorbenen Professors und seiner Familie gestanden hatte und jetzt in der Not seinen Witwe und Tochter nicht verlassen wollte. Er kümmerte sich gern mit einem gutartigen Lohm, wenn er um einen durfte. Zur Verdringung der häuslichen Obliegenheiten

jener Parteigruppe in einem der europäischen Länder.

Es wird auch berichtet, daß das Exekutivkomitee unter dem Gesichtspunkt einer Einschränkung der Aktionen die Unterlegungen für die einzelnen Parteiorganisationen wesentlich gestiftet habe. Ebenfalls hat das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, die Berliner „Rote Fahne“, einen Beschluß des Zentralkomitees veröffentlicht, durch den alle Parteimitglieder verpflichtet werden, sich jeglichen individuellen Terrors zu enthalten und in dem Artikel wird, daß ein Parteimitglied, das gegen die Anweisungen verstoße, des Namens Kommunist unwürdig sei.

Es wird zwar betont, daß die Partei auch weiterhin ihre Ziele unter Anwendung aller zweckmäßigen Kampfmittel verfolgen werde, terroristische Einzelaktionen und bewaffnete Einzelverhalte oder Mordtate aber werden als sinnlos bezeichnet, und es wird mit besonderem Nachdruck betont, daß solche Tendenzen mit dem Kommunismus nichts zu tun hätten. Der Hinweis auf die Ausführungen Molotows genügt wohl, um zu erklären, welcher Art die „zwingenden Gründe der Zweckmäßigkeit“ für diese Anweisung sind.

### Ost-Schlesien-Zerror bestätigt.

Von Korfanty im Drest-Silowitz-Prozess. — Dramatische Szenen bei der Vernehmung.

Warschau, 16. November.

„In dem großen politischen Prozess gegen die Gefangenen von Drest-Silowitz begann die Vernehmung der Entlassenen. Dabei gestalteten sich die Aussagen der führenden Politiker der polnischen Rechten Trompczynski, des ehemaligen Senais- und Semjarzchels, und Korfanty, des Widerstehers Pilsudskis in Ostoberschlesien, überaus sensationell.“

Trompczynski schilderte klar und bestimmt verschiedene Verfassungsveränderungen der Regierung Pilsudskis und erklärte, daß er ihrem Wege zur Zeit, als er noch Semjarzchel gewesen sei, dem Staatspräsidenten persönlich Vorstellungen gemacht habe. Dieser habe ihm darauf geantwortet, daß man sich dem Willen Pilsudskis, „einer Persönlichkeit, wie sie nur alle zweihundert Jahre vorkomme“, unterwerfen solle. Trompczynski erklärte weiter, daß er innererzeit, als die Verfassungsveränderungen erfolgt seien, den Staatspräsidenten nicht zur Verantwortung habe ziehen wollen, um Polen einen Standal zu eriparen. Anzweifeln seien aber

die Verfassungsüberbetrachtungen zu einem System ausworden.

Zu stürmischen Szenen führte die Vernehmung Korfantys. Korfanty schilderte die Lage in Ostoberschlesien und bestätigte, daß sich der Aufständische Korfanty an dessen Spitze der Wojewode Gracynski hand, zahlreicher Terrorattentate schuldig gemacht hat. Infolge der besonderen staatsrechtlichen Stellung der deutschen Minderheit hätten die polnischen Vertreter in Genf eine solche Terrorfälle zugehessen müssen. Korfanty wies weiter darauf hin, daß dieser gleiche Aufständischenverband aus staatlichen Geldern Unterhaltungen erhalte, die in die Hunderttausende gingen.

Dramatisch gestaltete sich die Szene, als einer der Verteidiger bemerkte, daß in der Anklageschrift Korfanty beschuldigt werde, in Dresten Deutschland gestanden zu haben. Korfanty erwiderte in höchster Erregung, daß er zu denen gehöre, die für Polen unter Einsatz ihres Lebens etwas geleistet hätten.

Er habe auch in preußischen Gefängnissen gefessen, aber dort habe man ihn nicht so behandelt wie in Drest-Silowitz.

Der Vorsitzende unterbrach ihn mit den Worten: „Ich lasse derartige Kundgebungen nicht zu!“ Darauf entgegnete Korfanty: „Ich habe keine Schuld an dem, was da ist, die Wahrheit!“ Unter allgemeiner Bewegung verfügte der Vorsitzende eine kurze Verhandlungspause.

### 13 Jahre Stahlhelm.

Zusammenkunft der Gründer.

Magdeburg, 16. November.

Auf einer Zusammenkunft zum Gedächtnis der vor 13 Jahren erfolgten Gründung des Stahlhelms hielt Erster Bundesführer Franz Seidte in Magdeburg eine Rede, in der er u. a. ausführte: In einer Zeit, die das Innerste zu oberst fehren und neuartige Freiheit und Politik in alle

hielt man ein sogenanntes „Mädchen für alles“ und das Mädchen belagerte Frau Römer sehr leidlich.

Trotz aller Einschränkungen, die man sich auferlegte, wollte die Pension doch nicht reichen. Man war eben zu sehr gewöhnt, aus dem Vollen zu wirtschaften und man hatte nicht gelernt, jeden Groschen erst dreimal auszuordnen, ehe man ihn ausgab. Frau Römer kaufte manchmal schwer auf, wenn sie den schon lange oder dem nächsten Erben zukommenden Schmuck, Inhabt ihrer Kaffe anhat.

Mit schwerem Herzen entließ sie sich endlich auch, dem fortwährenden Drängen ihrer Mutter nachzugeben: dem eine Pension für deren Unterhalt anzunehmen.

Frau Sanitätsrat Werner besaß, nach ihres Vaters offener Hand für die Armen, kein bedeutendes Vermögen, aber die Zinsen reichten doch hin, sie ein sorgloses Leben führen zu lassen. Frau hatte sie schon zwei Jahre im Hause ihrer Tochter auszubacht, ohne daß diese zu bewegen gewesen wäre, etwas von ihr anzunehmen. Damals hatte Frau Werner sich bereitigt, denn Frau Römer war reich. „Aht, nach dem Verluste des Vermögens, lieh sie nicht nach, bis die Tochter eine Einschuldung annahm. Was sie in den zwei Jahren geparkt hatte, sollte einst Nils auszu kommen, sie legte es für sie zurück.“

Aber nach dem Tode Nils' liehen sich eine weitere Schritte machen. Das Einkommen eines Monats langte kaum zum Notwendigsten, geschweige denn zu Extravaganzen. Frau Römer lah manchmal sehr bestört aus un Nils hatte Wähe, ihr die Sorgen auszureiben.

Ueberhaupt fand sich Nils am lieblichsten von allen in die veränderte Lage. Sie dachte es ihrem Vater recht, daß er sie so anstandslos ergoßn und von Frau sah gewöhnt hatte, sich einen Wunsch zu vertragen. Sie führte ihn Wädhle und Bedürfnisse bis auf das kleinste ein und dachte, sich den Verhältnissen anzupassen. Trozdem lah sie ein, daß ein Wandel geschaffen werden müßte, daß es nicht immer so bleiben konnte. Garderobe, Wädhle und dergleichen mehr, vorläufig noch in reichem Maße vorhanden, mußten früher oder später doch einmal ergänzt werden, und woher sollten die Mittel dazu kommen?

(Fortsetzung folgt.)

Kreise Des Lebens hineinragen wollte, mußte von vorn herein die Gründung eines Frontkämpferbundes, einer Selbsthilfsorganisation, eine politische sein. Heute dürfte der Stahlhelm sagen, daß der Bund sich in seinen Zielen, seinem Wesen und in seiner Arbeit nicht zu ändern oder umzusetzen brauchte. Allerdings habe man die Kampfmethoden und das Kampffeld maximal wecheln müssen. Der Stahlhelm habe sich am ersten Tage an nach Weggefährten, Mitkämpfern umgesehen. Wenn jetzt nach dreizehn Jahren, zu Harzburger eine nationale Opposition aufzumachen konnte, so sei dieses Einigungswort Hauptverdienst der selbstlosen Arbeit des Stahlhelms. Auf die Barriere einer Parteibildung verziehe der Stahlhelm. Er fordere aber als politische Maßnahme Gleichberechtigung bei der Machtverteilung, Kabinetsbildungen und bei der Reichspräsidentenwahl. Die Rede schloß mit der Versicherung, daß der Stahlhelm weber putzen noch überumpeln, sondern überzeugen wolle.

## Hessischer Wahl-Sonntag.

Erstmalige Wahlbeteiligung.  
Darmstadt, 16. November.

Selten hat eine Landtagswahl in einem der kleineren deutschen Länder derart die Aufmerksamkeit des gesamten Reiches auf sich gezogen wie diesmal die Neuwahl des Hessischen Landtags. Bestimmend dafür ist das Herannahen der Landtagswahl in dem größten deutschen Lande, in Preußen. Und die Tendenz dieser, auch für die Reichspolitik bedeutsamen Wahl kann man bereits jetzt zu einem Teil aus der Umsichtung der Wählermassen erkennen, die sich jetzt bei den Wahlen in anderen Reichsteilen anfindet.

Daß die Landtagswahl in Hessen starke Veränderungen bringen würde, stand bereits fest, ehe überhaupt die Urnen aufgestellt worden waren. Das bisherige Landesparlament Hessens war 1927 gewählt worden, also zu einer Zeit, wo das politische Gesicht Deutschlands ganz andere Züge zeigte als heute. Zur Illustration genügt der Hinweis, daß 1927 die Nationalsozialisten, die jetzt selbst im kleinsten Dorf stark vertreten sind, den Wahlkampf überhaupt noch nicht betreten hatten.

Wertmindererwaise haben die großen politischen Fragen, um die in Deutschland seit Monaten der Kampf geht, und deren Lösungsmöglichkeiten die Gemüter erhitzen, nicht verhindert, daß Wahl in Hessen noch mehr Parteien um die Gunst der Wähler geworben haben als 1927. Waren es damals 8 Parteien, die Listen eingereicht hatten, dann betrug diesmal die Gesamtzahl sogar 13, und dabei ist diesmal die Wirtschaftspartei noch ausgeschlossen, weil die von ihr eingereichten Listen als den gesetzlichen Bestimmungen widersprechend zurückgewiesen worden waren.

Als eine lokale Besonderheit der hessischen Wahl verdient Erwähnung, daß für den Ausfall die Stimmabgabe des flachen Landes entscheidend war, wohnen nach der Statistik doch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Ortschaften mit weniger als 3000 Einwohnern. Daß es so den Parteien die übrigens sämtlich ihre erste Reihenrangfolge eingeleitet haben, nicht leicht geworden ist, an die Wähler heranzukommen, liegt auf der Hand. Bei den lebenskräftigen Parteien wurden diese Schwierigkeiten aber dadurch überwunden, daß allenthalben überzeugte Freunde vorhanden waren, die keine Mühe und keine Arbeit scheuten, um die Wahlen aufzuräumen und das Meer der Wahlwähler, dem 1927 noch 45 Prozent der Stimmberechtigten angehörten, in Bewegung zu setzen.

Das ist diesmal in weitgehendem Maße gelungen, betrug doch die Wahlbeteiligung durchwegs 80 bis 90 Prozent. In verschiedenen Städten und Gemeinden hatten bereits in den Mittagsstunden mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. In mehreren Orten waren um die Mittagszeit sogar bereits 80 Prozent der Wähler an der Urne gewesen. Zu Widersprüchen ist es während der Wahlhandlung nicht gekommen. Auf dem Lande war die Wahlbeteiligung gleichfalls außerordentlich hoch.

Es geht eben in Deutschland nicht mehr darum, ob hier und dort diese oder jene Koalition aus Rüdern kommen soll, sondern wir sind jetzt in einen Auseinanderlegungspiegel geraten, in dem sich die Geister scheiden und neue Fronten entstehen. Der Blick muß jetzt, gleichgültig ob ein neuer Landtag oder ein neues Kommunalparlament gewählt wird, immer auf das Ganze gerichtet werden. Wir müssen heraus aus dem Wirrwarr der Parteienvielfalt und die handlungsfähigen Gebilde schaffen, die Notzeiten wie die unfröhliche erfordern.

Insgesamt waren in Hessen 70 Abgeordnete zu wählen, und zwar entfiel auf je 20 000 Staatsbürger ein Abgeordneter. Im alten Landtag hatten das Zentrum und die Sozialdemokraten mit 37 Abgeordneten die Mehrheit. Die Staatspartei, deren Mitglied Korell als Arbeitsminister der alten Regierung angehört, war offiziell an der hessischen Staatsregierung nicht mehr beteiligt. Im Ruder war diese Koalition durch die verschiedenen Wahlen hindurch mehr denn je zerfallen.

## Nationalsozialistischer Wahlsieg.

Das Ergebnis der Wahl zeigt ein gemaltes Anwachsen der Nationalsozialisten, die die stärkste Partei werden. Gewinne haben auch die Kommunisten zu verzeichnen, während alle anderen Parteien Verluste erlitten haben, der besonders stark ist beim Landbund, DVP, und bei der SPD. Nach dem vorläufigen Ergebnis verteilen sich die Mandate wie folgt:

	1931	1927
Sozialdemokraten	15	(24)
Zentrum	10	(13)
Kommunisten	10	(6)
Rom. Opposition	1	(—)
Deutsche Volkspartei	1	(7)
Staatspartei	1	(5)
Nationaldemokraten	—	(—)
Christlich Soziale	1	(—)
Volkrechtler	—	(3)
Landbund	2	(9)
Deutschnationale	1	(3)
Sozialistische Arbeiterpartei	1	(—)
Nationalsozialisten	27	(—)

Die Liste der Wirtschaftspartei wurde nicht zugelassen, da sie nicht den Bestimmungen des Wahlgesetzes entspricht.

## Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemmer, den 16. November 1931

### Bußtag.

Es war ein rechter Gedanke, den Menschen einen Tag im Jahre zu geben, an dem sie frei von allen Verpflichtungen und Aufgaben des Alltags einmal Gelegenheit haben, stille innere Einkehr zu halten. Buße tun für Sündhaftes und Unrechthafes, und beten um Schutz und Barmherzigkeit, das ist der Sinn dieses preussischen Buß- und Bettag. Stille Einkehr — auch das äußere Gepräge dieses Tages ist darauf zugeschnitten. Still stehen die Räder, aufgehört hat für einen Tag der jähre Kampf um das irdische Dasein. Singt und Vergnügen in den Vokalen ist auf einen Tag verbannt, und das einzige, was die Stille dieses Bußtages durchbricht, ist der festliche Klang der Glocken. Glöckchen und mahnenden Glocke, die uns da sagen will: „Kommt und haltet Einkehr, denn auch ihr habet euren Gott etwas zu sagen!“ Wie heißt doch das Epistel des Bußtages? „Bebet ein durch die enge Pforte; denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis abführt; und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist enge, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt, und wenige sind, die ihn finden. Auch mir sollen an jenem Bußtag durch die Pforte gehen, die uns frei macht, die uns den Weg zeigt, der zum Leben führt.“

Menschen in schmerz verlassen die Gotteshäuser, ernst und gemessen, und ihre Schritte führen dem Friedhof zu, auf dem der eine oder andere Angehörige ruht, dessen Seele auch die Pforte gefunden hat, durch die man in das ewige Leben eintritt. Es ist zwar der letzte Sonntag des Kirchenjahres dem Geben unserer Taten gewidmet, aber der Bußtag bringt viele schon an die Gräber ihrer Lieben, weil sie an diesem Tage besser Einkehr und Zwiegespräche halten können. Und diejenigen, denen das Glück begehrt ist, noch niemandem auf dem Friedhof zu wissen, der ihnen im Leben nahestand, auch sie sollen an diesem Tage stille Einkehr und ernstes Bedenken halten. Der Weg, der zum Leben führt ist sehr schmal, und wenige sind, die ihn finden!

**Bußtag und Polizeierordnung.** Die am 7. November in Kraft getretene Polizeierordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bringt für den Bußtag und Totensonntag eine Reihe von Einschränkungsbestimmungen für die Abhaltung öffentlicher Veranstaltungen. Öffentliche Tanzveranstaltungen u. ä. sind auch am Vorabend des Bußtages verboten. Aber auch sonstige öffentliche Veranstaltungen gegen Eintrittsgeld, so Fußballspiele, Rennen, Bogenschießen usw. sind am Bußtag und Totensonntag verboten. In solchen im Schachstreben jeder Art sind alle musikalischen Darbietungen mit Ausnahme des Rundfunks verboten. Bei Theatern (nicht Varietés usw.) und Kinos ist die Aufführung eines dem Tag angepaßten Programms erlaubt.

Morgen Dienstag abend findet die Wahl des Bürgermeisters statt, eine Wahl, die für das künftige Leben in den nächsten 12 Jahren maßgebend ist. Mit allen Bürgern hoffen wir auch, daß es den Stadtoberordneten gelingen werde, einen Bürgermeister zu finden, dessen inneres Versehen es ist, mit der Stadt und ihren Bürgern zu dienen, dessen Verstand aber auch dafür Genügend bietet, daß die unter schwerer wirtschaftlicher Last angegriffene Stadtverwaltung nicht sinnlos vergeudet werden, der aber trotzdem einen offenen Blick haben muß für die Fortentwicklung unseres Städtchens. Und nun Glück auf zur Wahl. Möge der morgige Dienstag ein heller, leichter Tag in der Geschichte Kemmers bleiben.

**Den Grundfaß „Qualität über alles“** hat die Maggik-Gesellschaft auch bei Wählung ihrer Kräfte für die fleißige Verwendung von Maggik's Grauzugmaschinen gelten lassen. Die einzelnen Gegenstände, die den Hausfrauen werden ihre Freude daran haben. Zu überdies bei der vielfältigen Verwendung von Maggik's Grauzugmaschinen im Haushalt (sahnd die nötige Anzahl Gutscheine beisammen ist, lohnt es sich, diese zu sammeln.

**Wieder Maul- und Klauenseuchengefahr?** Der amtliche Bericht über den Viehseuchenausbruch in der Provinz Sachsen in der zweiten Hälfte ist mit, daß die Maul- und Klauenseuche wieder in größerem Umfang auftritt, nachdem es noch bis vor kurzer Zeit so ausgefallen hatte, als ob ein ewiges Glöckchen der Seuche zu schlagen sei. Am 1. November wurden 154 verlorene Götter gezählt, von denen 90 neu befallen waren, am 15. Oktober wurde die Seuche nur auf 100 Schöpfen festgehalten. Auch im Kreise Zeitzig hat bekanntlich ein Seuchenausbruch.

**Wittenberg, 13. Nov.** Ein Abgeordneter der Kommunistischen Parteiopposition hatte im preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der über die Nichtbeantwortung der Tagungen des Kreistages in Wittenberg durch den Landrat Beschwerde geführt wurde. In seiner Antwort weist der preussische Innenminister darauf hin, daß die öffentliche Bekanntmachung bevorstehender Kreistagungen gesetzlich nicht vorgeschrieben sei. Gemäß § 118 der Kreisordnung würden die Kreistagsabgeordneten jedoch mindestens 14 Tage vor der Sitzung eingeladen, so daß sie hinlänglich Gelegenheit hätten, die Interessenten rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen.

**Obern, 14. Nov.** Das gefährliche Seil auf dem Ferkelmarkt. Einen bedeutenden Unfall erlitt heute früh gegen 7 Uhr der 15jährige Schüler Warnede aus Dornau. Er wollte den Paradeplatz mit seinem Fahrrad überqueren, sah aber infolge des Nebels das für den Ferkelmarkt vom Baum zu Baum gespannte Seil nicht und fuhr mit ziemlichem Gewalt dagegen. Beim Sturz schlug er so unglücklich auf, daß er neben Hautabrisuren eine starke Verletzung am Auge davontrug. Mit Hilfe brachte ihn zum Arzt, der seine Heberführung nach Bitterfeld veranlaßte.

**Dranienbaum.** (Zom Klavier getragen.) Im „Goldenen Horn“ ereignete sich beim Umstellen eines Klaviers ein Unglücksfall, der sehr leicht hätte schlimme Folgen haben können. Das Klavier fiel plötzlich um und begrub eine Frau unter sich. Der Hausbesitzer konnte das Klavier sehr schnell wieder hochheben und die Frau, die neben verletzten Querschnitt sich die Junge z. Z. durchgefallen hat, aus ihrer gefährlichen Lage befreien.

**Soblenke, 13. Nov.** (Vorläuf vor einem Kranichschindler.) Unter der Vorgabe, von der ärztlichen Genossenschaft aus Leipzig beauftragt zu sein, erlitten bei einigen Familien ein fremder Mann im Alter von 38 bis 40 Jahren und bot „Vitaminalkraft“ für teures Geld an. Dabei zeigte er ein Vesteßbuch mit vielen Namen vor und veranlaßte die Käufer zur Vorauszahlung, ohne dann die Ware zu liefern. Der Fremde trägt dunklen Anzug, braunen Hüter, Schlapput und eine Brille mit Hornfassung.

## Notruf des Landbundes

Forderungen an die Reichsregierung.

Der Gesamtverband des Landbundes der Provinz Sachsen, der am Freitag in Halle über die den heutigen Tag zu ergehenden Maßnahmen beriet, hat sich an die Reichsregierung mit folgendem Notruf gewandt:

1. Weisung der Befehlshaber der landwirtschaftlichen Wapen, Anordnungen durch Ausübung des Landbesitzes und Ermäßigung eines ermäßigten Diskonts für landwirtschaftliche Warenwechsel.
2. Rückwärtslose Anwendung der Devisenverbodnung zur Abstellung aller überflüssigen Einfuhr.
3. sofortige starke Herabsetzung der Düngemittelpreise sowie zinstreue Lieferung des Düngers zur Frühjahrsbefüllung, da sonst mit einem weiteren sehr starken Rückgang der Düngungsverwendung zu rechnen ist, zum Schaden der kommenden Ernte.
4. ein Verbot, bei landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen der Grundstücke zu erstellen, sofern nicht mindestens der Preisversteigerer ist.

Die Forderungen wurden sofort an die Reichsregierung weitergeleitet. Dazu bemerkt der Reichsverband des Landbundes: „Nicht nur die Landwirtschaft, sondern das gesamte deutsche Volk hat das dringende Interesse daran, daß das schnellste den Wünschen Rechnung getragen werde. Ein Verlangen der Hilfsmittel würde eine geordnete Befüllung der Felder im Frühjahr unmöglich machen. Die Folge davon müßte eine ungenügende Ernte sein, hinter der das gesamte deutsche Volk zu leiden hätte, denn daß im nächsten Jahre durch den in der Folgezeit fortgeritten werden kann, ist volkswirtschaftlich gesehen, eine Unmöglichkeit.“

Der hessische Studententag geht weiter.

Nachweise gegen den Rektor.

Halle. Die Deutsche Studentenschaft hat jetzt eine Gegenklärung auf die Entlassung des Lehrkörpers der Universität veröffentlicht. Sie stellt darin mit Genehmigung fest, daß die halleische Professorenliste die Motive des Kampfes des Studenten gegen D. Dehn vertritt, doch kann die Studentenschaft den Professoren nicht folgen, wenn sie dem Rektor ihr „volles Vertrauen“ ausdrücken. Ein großer Teil der Schuld an den Vorkäufen ruht auf der Person des Rektors Mübin, der es veranlaßt habe, die Wünsche und Ideen der Studenten zu verhehlen. Es heißt dann weiter:

„Da für die Deutsche Studentenschaft der derzeitige Leiter der Universität untragbar ist und da sie einen Dozenten nicht anerkennen kann, der ihr Nationalgefühl beleidigt, sieht sich die Deutsche Studentenschaft gezwungen, auch weiterhin den Beratungen eines Interimskomitees fernzubleiben und nicht zu versichern, bis auch diese Differenzen beseitigt sind.“

Diese Maßnahme richtet sich nicht gegen die Universität und ihre Professoren, sondern sie richtet sich gegen die beiden Verantwortlichen, die sich selbst zu Sündern des heutigen Systems gemacht haben, von dem Interimspräsidenten Waentig — der ehemalige preussische Innenminister erklärt, es triebe eine Politik der Kurzsichtigkeit und des Widerpruchs.“

## Einfuhrverbot für Wein- und Obstbäume.

Nach der Verordnung zur Verhütung der Einschleppung von Krankheiten der Beerenobstgärten vom 3. Juni 1930 ist Einfuhr von Zierbäumen, Frücht- und Stierpflanzen sowie von Teilen solcher Pflanzen, wie Weichholzsäulen, Birnenrinne usw. verboten. Die Einfuhr von Weichholzsäulen war im Vorjahr jedoch ausnahmsweise von Fall zu Fall zugelassen worden, da die Kaufpreise über die Lieferung von Weichholzsäulen z. Z. schon abgefallen waren, bevor die Verordnung erliefen. Wie die zuständigen Regierungsstellen nunmehr mitteilen, muß das B. in Zukunft streng durchgeführt werden.

Für Thüringen und den Harz, die Verordnungen von Weichholzsäulen, ist dieses Einfuhrverbot von großer Wichtigkeit, da es den heimischen Markt schützt.

## Neubau der Torgauer Elsterbrücke gefordert.

Die Arbeitsgemeinschaft der Elbschiffahrt nimmt die Totalharare eines Rahmes bei Torgau zum Anlaß, um in einer Eingabe an die Elbstrombauverwaltung in Magdeburg den sofortigen Neubau der Torgauer Brücke zu fordern.

Die Totalharare des Elbflusses habe, so heißt es in der Eingabe, zu einer Sperrung der Torgauer Brücke geführt. Der Verkehr war völlig unterbrochen. Schiffe aller Gestalten haben bis zu acht Tagen oberhalb und unterhalb der Unfallstelle festliegen müssen. Die direkten und indirekten Verluste der Schiffahrt durch dieses Vorformis, die sich bei den außerordentlich schwierigen Schiffsverkehrsverhältnissen jederzeit wiederholen können, würden schon allein den Neubau der Brücke rechtfertigen.

Die Arbeitsgemeinschaft ersucht daher die Elbstrombauverwaltung, die erste Räte für den Neubau der Torgauer Brücke beim Reichsverkehrsminister und Reichsfinanzminister schon für das Jahr 1932 zu beantragen.

## Arbeitsbeschaffung durch — Eisenbahnberaubung.

Mietten 6. Halle. Das Schöffengericht Halle verurteilte einen 30 Jahre alten Schneider und ehemaligen Fürsorgezögling aus Mierleben wegen schweren Diebstahls die zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte im Mai und im September auf der Straße Halle — Teufelsthal aus langjam fahrenden Bittergütern zwei Stoffballen gestohlen, die er verarbeitete. Er gab nur Geständnis, er habe mit der ihm gestohlenen Unterhülle von wöchentlich 5.76 Mark nicht auskommen können.

Der Hausdiener griff den Bürgermeister an.

Hohenmölsen (Landt. Weissenfels). Auf den früheren Hohenmölsener Bürgermeister Augustus aus Thale, der in Hohenmölsen zu Weizenbau, wurde ebenfalls ein Verdict an. Der Verdict gelang es sehr schnell, den Täter in dem Hausdiener Paul des Hofhofs „Deutsches Haus“ zu er-

mitteln und festzunehmen. Die Ursache des Anschlags ist noch nicht bekannt.

**Das Sterben des Hotels.**

**Bad Köfen.** Bereits vor einiger Zeit hatte der Besitzer eines Hotels keine Räume bei Nacht und Nebel verlassen und sie der Stadtbrauerei zur Verfügung gestellt. Nunmehr wird eines der größten Bad Köfener Hotels, das „Hotel Kurgarten“, zur Zwangsversteigerung kommen.

**Warnung vor einem „Reichswehr-Bermittlungsbureau“.**

**Weisensfeld.** Das Polizeipräsidium teilt mit: „Seit einigen Monaten erscheint in vielen deutschen Tageszeitungen folgende Anzeige: „Wer will zur Reichswehr? Schreiben Sie an Vermittlungsbureau Weisensfeld, Postfach 170.“ Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich hier um ein auf reiner Einnahme beruhendes Unternehmung handelt, das weder beauftragt, noch in der Lage ist, irgendwelche Vermittlungen zu machen. Wende sich ein Bewerber an das „Bermittlungsbureau“, so erhielt er eine Nachnahme-Drucksache 2.20 Mark, die nichts weiter als die Einstellungsbedingungen enthält, die kostenlos durch jede Reichswehrformation zu erhalten sind. Gegen den Inhaber des „Bermittlungsbureaus“, den Kaufmann B. von hier, ist ein Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet.“

**Kommunistenverhaftungen in Thüringen.**

Von der Polizei wurden bei Angehörigen der KPD und bei Mitgliedern des Kampfbandes gegen den Faschismus in Dyrdruf Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es verfauldet, daß in einer Versammlung mit den kommunistischen Führern geplant worden wäre, auf dem Erntedankfestplatz Dyrdruf Waffen und Munition zu entwerfen. Auch sei die gewalttätige Beilegung eines Führers der Nationalsozialisten beabsichtigt gewesen. Bei den Hausdurchsuchungen hat man beachtliches Material gefunden. Der Führer der KPD, in Dyrdruf und sechs Funktionäre wurden verhaftet.

**Ehemaliger Fliegeroffizier als Heiltschmidler.**

**Celzig.** Der 48 Jahre alte frühere Fliegeroffizier und jetzige Ingenieur Dörwaldt aus Magdeburg hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Rückfallbetrugs zu verantworten. Dörwaldt lernte im Dezember 1930 eine Ärztin in Celzig kennen und versprach ihr die Ehe. Auf Grund dieses Versprechens konnte er den Heiratsvertrag in Umeilen und Schmudschan im Werte von etwa 9000 Mark abschließen. In einem anderen Fall hatte der Angeklagte einem Arbeiter 500 Mark Kredit abgenommen, die dieser natürlich nicht wieder gesehen hat. Das Gericht erkannte wegen Rückfallbetrugs auf zwei Jahre Zuchthaus.

**Todesstrafe auf der Verfolgung.**

**Celzig.** Der am Hauptbahnhof Dienst tuende Hauptwachmeister Friedrich Baumann, der einen nachfolgenden Handtaschenräuber in einer Kraftfahrzeug verfolgte, wollte in der Nauffische Straße aus der Drohke springen, um den Räuber zu fassen, stürzte aber auf dem nassen Asphalt. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dem er im Krankenhaus starb. Der Radfahrer entkam.

**Beim Entladen einer Wiffole erschossen.** In Hamburg ging ein Werkmittel des Jugendgefängnisses, der eine ihm von einem Strafvollzugsbeamten nach Schluß des Dienstes übergebene Wiffole entladen wollte, dabei so unvorsichtig zu Werke, daß sich ein Schuß löste. Das Geschöß traf den im Zimmer anwesenden Strafvollzugsbeamten Schend in den Unterleib. Schend erlag der Verletzung, ehe seine Ueberführung in ein Krankenhaus erfolgen konnte.

**Drei Personen von einem Auto erschlagen.** In Hildinghausen (Westfalen) begegnete ein Landwirt, seine Frau und sein Kind, die sich auf dem Heimweg befanden, zwei Automobilen, von denen das eine nicht abgeblendet hatte. Vom Scheinwerferlicht wurden die Leute so geblendet, daß sie alle drei von Wege abwärts und überfahren wurden. Ein Sanitätswagen brachte die Familie nach Witten ins Krankenhaus, wo der Mann gestorben ist. Die Frau und ihr siebenjähriger Sohn liegen in bedenklichem Zustand daber.

**Berliner Chauffeur-Mord aufgelklärt.**  
Gefändnis eines Täters.

Berlin, 15. November.

Der Mord an dem Chauffeur Pohl hat seine Aufklärung gefunden. Der Straßenarbeiter Hermann Wiffloch aus Buchholz hat ein Geständnis abgelegt.

Er gab an, daß er seinen Komplizen Paul Rohrbach erst seit einiger Zeit kennt. Beide hatten in der Nacht ein Kino im Berliner Norden besucht und nach Beendigung der Vorstellung einige Glas Bier getrunken. Da sie ihr ganzes Geld ausgegeben hätten, sei dann Rohrbach auf den Gedanken gekommen, mit einer Tasse über Buchholz hinauszufragen und den Chauffeur zu erschließen. Am Drohkeplatz an der Kirche in Pankow habe dann der ermordete Chauffeur Pohl gehalten. Sie hätten dann mit ihm einen Preis nach Sperlingstraße vereinbart.

Kurz vor 12 Uhr seien sie dann in der Nähe des Tators angekommen, und Rohrbach habe hier die Drohke halten lassen. Fast unmittelbar darauf habe Rohrbach den im Wagen sitzenden Chauffeur erschossen, wobei er ihm die Wiffole vor das Gesicht gehalten hätte. In aller

Eile hätten sie ihm dann Joppe und Weste aufgeschliffen und auch die Brieftasche gefunden, die allerdings nur einen Führerschein und einige Zettel, jedoch kein bares Geld enthalten hätte.

Die Aufklärung der Tat ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß von vornherein eine gewisse Orientierung der Täter vorausgesetzt wurde und außerdem am Tatort eine Zigarette von der Marke „Dicke Part“ gefunden wurde. Diese Anhaltspunkte in Verbindung mit der Tatsache, daß Hermann Wiffloch in Buchholz in verdächtiger Weise sich über die Mordtate unterhalten hatte, führten dann zu seiner Festnahme und zur weiteren Klärung der Tat.

**Soll er sich meiner geträumt? —** Berrat an Berta — Joris, der Ausbreiter — Meine liebe Frau — Müblierte Zimmer u. a. Spannende Geschichten bringt die wieder sehr interessante und reichhaltige Nummer 12 der bekannten „Wahren Erzählungen“ (Verlag Dr. Schöpsler, Berlin SW. 68). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pf. überall zu haben.

**John Eisenbahningeniess voll Kathreiner für die Deutsche Winterhilfe!** Das Haus Kathreiner in Berlin hat vierhunderttausend Pater Kathreiner, die im Winter an Arbeitslose kostenlos verteilt werden sollen, gespendet.

**Kirchliche Nachrichten.**

Mittwoch, den 18. November (Bußtag).

Kollekte für die Kleinheider Missionen.  
Kernberg  
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Propst Vertram.  
Abends 7 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl.  
Propst Vertram.

Commio.

Vorm. 11 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Beichte und Abendmahlsfeier. Propst Vertram.

**Dienstag** abends 8 Uhr **Bibelstunde**  
im Bürgeraal.  
Prediger Westermann-Bittenger.  
Hierzu wird herzlich eingeladen.

Des Bußtags wegen gelangt die nächste Nummer

**Donnerstag nachmittag 2 Uhr**  
zur Ausgabe.

Verlag der „Kemberger Zeitung“.

**Empfehle zum Bußtag**  
ad heute abend billigst  
**fr. Schellfisch**  
**Goldbarsch**  
Bwe. E. Heinicke, Tel. 356

**Als 1 Gutscheine gilt**

jede Umhüllung der 5er-Packung von **MAGGI** Fleischbrüh-Würfeln,  
— auch wenn sie noch nicht mit Gutscheine-Aufdruck versehen ist. —  
Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrüh-Würfel.



**Zwangsversteigerung.**

Versteigert wird

am **14. Januar 1932, 10 Uhr**

an der Gerichtsstelle, Zimmer 2, das in Grundbuch von Kemberg Band XVI Artikel 773 eingetragene Grundstück: Gemarkung Kemberg, Hausbesitzung Wittenbergerstraße 54 mit nicht vermessenen Hausgarten, Pflanzenerker 164 qm.  
Eigentümer: der Zimmermann Wilhelm Delater in Kemberg  
Der Termin am 26. November 1931 ist aufgehoben.  
Kemberg, den 10. November 1931.

Untersgericht

**Brennholzverkauf**

der **Oberförsterei Tornau b. Düben a. d. W. am 25. November 1931 ab 10 Uhr im Heidegrub in Tornau.** (Neuer Einschlag).  
**Brenzhaus** Jng. 96a (Eglog) Et 14 Mo, 1 Bruch, Me: 405 Mo, 45 Kni, 29 Bruch.  
**Lutherstein** Jng. 71c (Muschel) Et: 17 Mo, 4 Kni, 2 Bruch; Wdu: 219 Mo, 8 Kni, 45 Bruch; Me: 3 Mo.  
**Tornau-Nord** Jng. 119e, 74Ab, 108Bb, Et: 1 Mo; Wdu: 55 Mo, 18 Kni; Me: 6 Mo, 4 Kni, 1 Weis I, Me: 20 Mo, 7 Kni.  
Versteigerung vorbehalten.

**Brennholz-Auktion**

Am **Dienstag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr** versteigere ich auf meinem Plan am Wege von Rotta nach Lubast

**ca. 30 rm kiefern Rollholz**

öffentlich meistbietend

Der Besitzer Karl Richter

**Maß-Gänse**

frischgeschliffene Hasen

brauertig, auch geteilt

**Reh zerlegt**

sowie reichhaltiges Lager von

**ff. weißen Gänse-Zedern**

bei **Arthur Thamm, Bergwitz**

— Fernruf 289 —

**Spratts Hundekuchen**

zu haben bei **Rudolf Suhn**

**Spielkarten**

empfeilt **Richard Arnold**

**Früh eingetroffen**

**Bratheringe** 1 Liter **60 Pfg.**

Dose  
Bratrollmops Hering in Gelee  
Kronsardinen, Delsardinen  
Bismarkheringe  
Seelachs in Schreben  
Seelachsschnitzel, lose

Appetitsild Gabelbissen  
Filetheringe in Majonäse  
Appetitkappen Fleischsalat  
frische Bäcklinge

**eingemachte Heringe 10 Pf.**

**Fetherlinge 10 St. 50 Pf.**

**Sauerkohl Pfd. 10 Pfg.**

saure Gurken  
Frischgurken Pfeffergurken  
Senfgurken

empfeilt billigst **J. G. Glaubig**

**Eine vierzimmer-**

**Wohnung**

zu vermieten  
**Schmiedeburgerstr. 11**

**Empfehle frisch eingetroffen**

**Schellfisch - Goldbarsch**

**ff. Matjesheringe**

**ff. Vollbücklinge**

**Sprolten ger. Schellfisch**

äußerst preiswert

**Richard Sempelhof, Tel. 256**

**Sämtliche**

**Schlachte - Gewürze**

billigst bei **J. G. Glaubig**

**Pudel entlaufen**

groß, braun, Sonnabend nachmittag.

Gegen hohe Belohnung abzugeben

**Dr. Möller**

**Zum Mittwoch**

empfehle

**Kaffee u. Kuchen**

**Pökelnochen**

mit Sauerkraut und Meerrettich

und versch. andere Speisen

Um gütigen Zuspruch bittet

**W. Richter**

**„Zum Weinberg“**

Zum Mittwoch empfehle

**ff. Kaffee und**

**Pfannkuchen**

**Paßend. Dunkel-Exportbier**

Es laden freundlichst ein

**E. Fehner**

**Bahnhofswirtschaft**

**Heiden**

Mittwoch, den 18. November, von

2 Uhr an

**Preis-Stat**

**Zum Totensonntag**

empfehle

**künstliche Blumen**

in **Papier und Wachs**

Capblumen, Nelken, Chrysanthemen  
Dahlien, Rosen, Bronze-Rosen, Seerosen, Callas, Camilien, Pänionen, Kranzauflagen — Ferner

Eichenlaub, Buchenlaub, Magnoliablätter, Lorbeerblätter, Cycaswedel, Arecawedel, Adlerfarne, Alpenfarne, Ruskus.

**Statische, weiß und farbig**

Pilze - Hagebutten - Ilexbeeren  
Schneebeeren - Schlehen - Eichen  
Mohnköpfe - Rauhkarden - Zapfen  
in verschied. Größen - Islandmoos

**Steck- und Wickeldraht**

Papier, Schirting- u. Atlasband sowie fertige Schleifen.

**Günstigste Bezugsquelle**

— für Kranzbindereien —

**Rich. Arnold, Kemberg, Markt**

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß schloß  
mein lieber Mann

**Max Döhler**

im 36. Lebensjahre für immer die Augen.

Gniest, den 15. November 1931

**Die trauernde Gattin**

Emma Döhler

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr in  
Rotta statt

